

Antrag A14

Antragssteller*innen: Philipp Dehne (Delegierter LAG Bildung, MdA), Kyla Grigoleit (Delegierte Charlottenburg-Wilmersdorf, Bezirksvorsitzende), Ender Atakul (MdA, Delegierter & Bezirksvorstand Spandau), Kuku Elija Lueb (Delegierte Friedrichshain-Kreuzberg), Nina Papenfuß (Delegierte Neukölln), Andreas Umgelter (Delegierter LAG Gesundheit und Pflege), Ralf Rippel (LAG Betrieb und Gewerkschaft), Hans Kromrey (Delegierter Lichtenberg, MdA), Bettina Günter (Delegierte SZ, Bezirksvorsitzende), Jaime Porro Martínez (Delegierter SZ, Mitglied LaVo), Fabian Nehring (LAG Vergesellschaftung), Manfred Herzer-Wigglesworth (Delegierter Neukölln), Georg Frankl (Delegierter Neukölln), David Cüppers (Delegierter Mitte), Carsten Braband (Delegierter Mitte), Alina Trefz (Delegierte Mitte), Ekkehard Spiegel (Delegierter Friedrichshain-Kreuzberg, MdA), Deike Janssen (Delegierte Mitte, MdA), Michael Efler (Delegierter Friedrichshain-Kreuzberg, MdA), Johannes Kolleck (Delegierter Charlottenburg-Wilmersdorf, Bezirksvorsitzender, MdA)

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Engere Rückkopplung der anstehenden Koalitionsverhandlungen

Jüngere Tarifaueinandersetzungen, wie beispielsweise in den Berliner Krankenhäusern, haben gezeigt, dass eine engere Rückkopplung nicht nur die demokratische Legitimation von Prozess und Ergebnis entscheidend ausbauen, sondern auch die eigene Verhandlungsgruppe durch eine erhöhte Kompromiss- und Konfliktbereitschaft stärken kann. In diesem Sinne hatte der Landesvorstand sich im LV-Beschluss 10-073/26 vom 28.08.2026 zu einer engeren „Rückkopplung von Sondierungen und Koalitionsverhandlungen in Berlin“ verpflichtet. Der LV-Beschluss sieht unter anderem eine Rückkopplung über die Bezirksvorsitzenden der 12 Bezirksverbände vor. Diese sollen „wöchentlich von der Verhandlungsgruppe zum Sachstand informiert“ werden, diese Informationen wiederum in ihre Strukturen tragen und andersherum „Rückmeldungen aus der Basis (Stimmungen, wiederkehrende Fragen, Sorgen) [...] über ein standardisiertes, knappes Format“ an die Verhandlungsgruppe zurückmelden.

Während der Vor- und der Sondierungsverhandlungen hätten sich viele Genoss*innen eine engere Rückkopplung gewünscht. Um sowohl diesem Wunsch als auch der LV-Beschlusslage für die Koalitionsverhandlungen Rechnung zu tragen, muss bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen sichergestellt werden, dass:

- in allen Bezirken mindestens zu Beginn der 2. und 4. Verhandlungswoche eine partei- und bezirksinterne Veranstaltung (z. B. via Zoom) stattfindet, bei welcher die Bezirksvorsitzenden die Basis über den aktuellen Stand der Verhandlungen informieren und Rückmeldungen der Basis zu ebenjenen Verhandlungen dokumentieren.

- die Bezirksvorsitzenden im Anschluss diese Rückmeldungen noch in derselben Kalenderwoche (mind. 2. und 4. Verhandlungswoche) in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Back-Office und der eigentlichen Dachverhandlungsgruppe weitergeben. Dafür wird sichergestellt, dass auch der wöchentliche Austausch zwischen Dachverhandlungsgruppe und Bezirksvorsitzenden eine zweidirektionale Rückkopplung und kein bloßes Berichtswesen sind.

- die Dachverhandlungsgruppe in einem geeigneten Format jeweils auf diese Rückmeldungen antwortet und der Basis erkenntlich macht, dass die Rückmeldungen

zur Kenntnis genommen wurden und in den weiteren Verhandlungsprozess einfließen.

- der Landesvorstand unmittelbar im Anschluss an den Landesparteitag alle Bezirksvorsitzenden der 12 Bezirke über die Verpflichtung zur Rückkopplung mit der eigenen Basis informiert und den entsprechenden Prozess ausbuchstabiert.

- das Rückkopplungsformat über die parteiinternen Kanäle entsprechend beworben wird.

Begründung: Erfahrungen aus erfolgreichen Tarifauseinandersetzungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Rückkopplung die eigene Verhandlungsposition entscheidend stärken kann – eine Studie des WSI hat dies systematisch rekonstruiert (siehe Rückkopplung – Ein neues Instrument für einen nachhaltigen Machtaufbau in Tariffbewegungen). Nicht nur kann die Verhandlungsgruppe das (drohende) Stimmungsbild aus Rückkopplungen als Argument in den Verhandlungen anbringen und so die eigene Verhandlungsposition unterstreichen, vor allem dient eine kontinuierliche Einbindung und Rückkopplung während laufender Verhandlungen auch dazu, sowohl die Kompromiss- als auch die Konfliktbereitschaft auf eine breitere Grundlage zu stellen. Nicht zuletzt die vielen offenen Fragen und auch die Kritik im Nachgang der Veröffentlichung des Vorsondierungspapiers haben diese Notwendigkeit aufgezeigt. Eine intensivere Rückkopplung zwischen Dachverhandlungsgruppe und Basis hätte einerseits zu einem Ergebnis führen können, welches enger an die politische Linie von Partei und Basis anschließt und andererseits für mehr Transparenz über den Verhandlungsprozess sorgen und somit Legitimation und Akzeptanz für sowohl Prozess als auch Ergebnis erhöhen können. Eine Demokratisierung der Verhandlungen bedeutet nicht, auf Kompromisse zu verzichten. Wer aber Mitglieder ernsthaft einbindet, kann die Kompromisslinie weg von den Routinen klassischer Verhandlungen im kleinen Kreis und hin zu den tatsächlichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen verschieben. Eine tatsächlich zweidirektionale Rückkopplung ist zudem eine basisdemokratische Errungenschaft und ermöglicht Neu- und Altmitgliedern Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung. Dies ist nicht nur für die konkrete Verhandlungssituation relevant, sondern stärkt auch das Bild der Berliner Linken als handlungsfähige, real demokratisch verankerte Partei nach innen und außen. Ziel intensivierter Rückkopplung ist es demnach, die Partei organisatorisch und politisch so aufzustellen, dass sie mögliche zukünftige Regierungsverantwortung nicht nur erfolgreich antritt, sondern auch im Sinne ihrer Mitglieder und politischen Ziele aktiv gestaltet und bereits der Verhandlungsprozess durch breitere basisdemokratische Einbeziehung gestärkt wird.